



# >> **intern**

E 7260

## Kampagnenkonzferenz zur Bundestagswahl der CDU Deutschlands



**Thomas Strobl MdB, Dierk-Hinrich Norden, Oliver Neef, Alfred Müller, Sandra Ebinger, Hermann Gröhe MdB, Franz Nemeček, Federica Maier, Elvira Schönherr, Alfons Urban, Karl-Heinz Fischer und Klaus Tappeser.**

Gut vertreten zeigte sich der CDU-Kreisverband Tübingen bei der Kampagnenkonzferenz der CDU Deutschlands in Böblingen anlässlich des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes. Generalsekretär Hermann Gröhe MdB (Gemeinsam für unser

Land - die CDU vor der Bundestagswahl) und Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler (Gemeinsam zum Erfolg - die Wahlkampfplanung der Bundespartei) stellten die Planungen für die Bundestagswahl vor, die offen diskutiert wurden.

Beim anschließenden „Get Together/Markt der Möglichkeiten“ wurden die Gespräche vertieft und Informationen ausgetauscht zum Kandidatenservice über das teAM Deutschland bis zum Online-Shop. Die Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung und die Umfragen zeigen, dass wir gute Chancen haben, als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervorzugehen. Lassen Sie uns gemeinsam für einen Sieg am 22. September 2013 kämpfen! <<<



**Die CDU Oberes Gäu im Gespräch mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB**

## CDUplus

### Das Online-Netzwerk der CDU

Interessante Informationen und Neuigkeiten schnell zur Hand! Mitbekommen, was im Web 2.0 los ist!

Ihre CDU-Mitgliedsdaten selbst aktualisieren! Aktuelle Flugblätter oder wichtige Infos für Ihre Arbeit vor Ort! Das und vieles mehr bietet CDUplus - schauen Sie rein!

Falls Sie Ihre Mitgliedsnummer nicht zur Hand haben, ein Anruf bei der CDU-Kreisgeschäftsstelle genügt um diese zu erfragen - Telefon 07071/32314!).

## teAM Deutschland

Das teAM Deutschland ist die Mobilisierungs- und Unterstützerkampagne für Angela Merkel und die CDU Deutschlands für die Bundestagswahl 2013. Das teAM Deutschland arbeitet dabei eng zusammen mit den Wahlkampfteams der Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen. Wahlkämpfer und Unterstützer sind hier also genau richtig! Sie haben als CDUplus-Nutzer die Möglichkeit, sich beim teAM Deutschland mit den CDUplus-Anmeldedaten einzuloggen und so direkt Unterstützer zu werden. Also - Mitmachen und Wahlkämpfer werden unter [www.teAM.cdu.de](http://www.teAM.cdu.de)

## Ihre Email-Adresse

Falls noch nicht geschehen, teilen Sie uns bitte Ihre aktuelle Email-Adresse mit unter [mail@cdu-tuebingen.org](mailto:mail@cdu-tuebingen.org).  
**Herzlichen Dank.**

## EINLADUNG

### zum SEMINAR MITGLIEDERWERBUNG

Mittwoch, 15. Mai 2013,  
20.00 Uhr.

*Siehe hierzu die letzte Seite.*

Unsere Delegierten bei der Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl am 16. März 2013 in Hechingen-Weilheim:

*Ellen Bernhard, Rose Hilbert, Federica Maier, Dr. Robert Merz, Emma Neher, Klaus Tappeser, Sandra Ebinger, Stephan Neher und Hubert Wicker. Nicht auf dem Bild: Michael Rak, Eckhard Spanagel und Martin Weng.*



## CDU-Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl in Ertingen



*Unsere Delegierten: Gabriele Hagner, Dr. Robert Merz, Prisca Tappeser (Gast), Rose Hilbert, Eckhard Spanagel, Patrick Weber, Michael Rak, Ellen Bernhard und Stephan Neher, Dierk-Hinrich Norden (Gast). Nicht auf dem Bild: Andreas Braun, Federica Maier, Klaus Tappeser und Ferdinand Truffner.*

*Fotos: Burkhard Volkholz*

Die Bezirksvertreterversammlung der CDU Württemberg-Hohenzollern hat Norbert Lins zum Spitzenkandidaten im Regierungsbezirk Tübingen gewählt. Damit bewirbt sich der 35jährige Lins als Kandidat für die Nachfolge der Europaabgeordneten Elisabeth Jeggle auf dem CDU-Landeslistenplatz 4 für die Europawahl, die voraussichtlich am 25. Mai 2014 stattfinden wird.

Zur Wahl standen mit Gerhard Glaser, Norbert Lins und Klaus Tappeser drei sehr gute Bewerber um den CDU-Spitzenplatz im Regierungsbezirk. Von den 173 Delegierten votierten im ersten Wahlgang zunächst 79 für Tappeser, 60 für Lins und 34 für Glaser. Die Entscheidung der Delegierten fiel daraufhin im zweiten Wahlgang, in dem sich Norbert



*Klaus Tappeser, Martin Weng, Josef Rief MdB, Elisabeth Jeggle MdEP, Thomas Bareiß MdB.*

Lins mit 87 zu 86 Stimmen gegenüber Klaus Tappeser durchsetzen konnte. Gerhard Glaser war im zweiten Wahlgang nicht mehr angetreten.

„Wir haben heute drei hervorragende Kandidaten erlebt. Mit Norbert Lins haben sich die Delegierten für einen jungen und

zudem europapolitisch sehr erfahrenen Kandidaten entschieden. Wir werden mit Norbert Lins an der Spitze gemeinsam einen engagierten und entschlossenen Europawahlkampf führen. Die politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene sind für uns alle von großer Tragweite, deshalb kommt es entscheidend darauf an, dass wir als CDU stark im Europäischen Parlament vertreten sind. Norbert Lins kennt unsere Region zwischen Neckar und Bodensee sehr genau und wird sich in Brüssel und Straßburg für unsere Anliegen stark machen“, so der CDU-Bezirksvorsitzende Thomas Bareiß MdB.

„Wir haben auf unseren Plätzen der Landesliste ein sehr gut aufgestelltes Team aus jungen und erfahrenen Frauen und Männern aus allen 8 Landkreisen im Regierungsbezirk. Ich bin sicher, das Team wird einen sehr engagierten und erfolgreichen Wahlkampf führen“, unterstrich Elisabeth Jeggle MdEP, die bereits zu Jahresanfang erklärt hatte, selbst nicht mehr erneut zu kandidieren.

„Zuallererst möchte ich mich für das Vertrauen der Delegierten bedanken. Ich freue mich darauf, für die Interessen unserer Region einzutreten und ich möchte bis zur Europawahl mit möglichst vielen Bürgern zwischen Neckar und Bodensee vor Ort ins Gespräch kommen“, so Norbert Lins nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten.

Der knapp unterlegene Klaus Tappeser hob die gute Diskussion im Vorfeld der Wahl hervor und dankte den Frauen und Männern, die ihn wählten und bat sie, in ihrem Engagement für die Europapolitik nicht nachzulassen. <<<

**Im Einzelnen wurden auf den weiteren Plätzen der Landesliste für die Europawahl am 25. Mai 2014 für den Regierungsbezirk Tübingen gewählt:**

Platz 4: Norbert Lins (KV Ravensburg)  
Ersatzplatz 4: Jessica Kulitz (KV Alb-Donau-Ulm)

Platz 9: Klaus May (KV Zollernalb)  
Ersatzplatz 9: Margarete Reiser (KV Sigmaringen)  
Platz 14: Christine Jerabek (KV Tübingen)  
Ersatzplatz 14: Isolde Weggen (KV Biberach)  
Platz 20: Carola Uhl (KV Bodensee)  
Ersatzplatz 20: Florian Weidlich (KV Reutlingen)



Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

## Wir machen Kommunen stark! - Kommunalpolitische Bilanz der Bundesregierung

„Die Gemeinde ist die Elementarschule der Freiheit“, wusste der belgische Nationalökonom Emile Louis Victor de Laveleye (1822 - 1892). Aus diesem freien Geist schöpft die CDU ihre Kraft als Volks- und Kommunalpartei. Wir haben unser erklärtes Ziel im christlich-liberalen Koalitionsvertrag festgeschrieben und die Selbstverwaltungskraft vor Ort in den vergangenen Jahren umfassend gestärkt. Die konsequent kommunalfreundliche Politik der christlich-liberalen Koalition zahlt sich für diese milliardenschwer aus.

### Kita-Ausbau hat oberste Priorität

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Bedürfnisse junger Eltern, die Kinder erziehen und gleichzeitig erwerbstätig sein wollen, fest im Blick und das Problem fehlender Kinderbetreuung zu Chefsache gemacht. Obwohl der Ausbau der Kleinkindbetreuung in die verfassungsrechtlich geregelte Zuständigkeit der Länder fällt, unterstützt der Bund den U3-Ausbau bis 2014 mit insgesamt 5,4 Mrd. Euro: Auf Investitionen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze entfallen 4,5 Mrd. Euro - für den Betrieb von Kinderkrippen und Tagespflegestellen werden jährlich 845 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zusätzlich steht seit 1. Februar 2013 ein KfW-Förderprogramm zur Unterstützung von Investitionen bereit. Das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ zur Förderung von Tagespflegepersonen sowie die Unterstützung der betrieblichen Kinderbetreuung über Zuschüsse zu den Betriebskosten erhöhen die Bundes-Unterstützung noch einmal deutlich. Damit ist der Bund in erhebliche Vorleistung gegangen.

Im Juni 2012 legte Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder ein Zehn-Punkte-Programm vor, um den Ausbau weiter voranzubringen. Dieses Programm bietet Antworten auf drängende Fragen, beispielsweise zum gesteigerten Bedarf an qualifizierten Erziehern oder zur Qualität der Kitas. Über 270.000 Kinderbetreuungsplätze wurden bis heute geschaffen. Nach einer Information des Deutschen Landkreistages vom 25. Februar 2013 fehlen beim Ausbau der Kleinkindbetreuung rund 11.700 Plätze. Die Lage ist eindeutig besser als bislang angenommen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich nicht alle Landkreise an der Umfrage des Deutschen Land-

kreistages beteiligt haben und dass in der Umfrage nicht der Bedarf in den kreisfreien Städten abgefragt worden ist. Dennoch besteht weiter Handlungsbedarf.

Für die Union ist wichtig, dass zum 1. August 2013 die Eltern, die es wünschen, einen Betreuungsplatz erhalten.



sich in den letzten drei Jahren von minus 5,3 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf plus 5,9 Mrd. Euro im Jahr 2012 verbessert. Dieser Haushaltsüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf diesem Niveau bewegen. Neben dem beispielhaften Wirtschaftsaufschwung seit 2010 ist dies auch auf den Paradigmenwechsel in der Bundespolitik zurückzuführen, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion initiiert hat. Zentrale Faktoren sind dabei die schrittweise Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission, die Entlastung bei den Sozialausgaben durch den Bund und eine auf Wachstum ausgerichtete Politik der Bundesregierung.

Darüber hinaus übernimmt der Bund die ständig steigenden Kosten der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von jährlich rund 4,5 Mrd. Euro. Damit entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft - allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Mrd. Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Auch wurde die Städtebauförderung für 2013 auf hohem Niveau verstetigt und die Mittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur angehoben. Allein in die Städtebauförderung der Gemeinden Mössingen, Tübingen, Gomaringen und Jungingen wurden zwischen 2009-2012 rund 10,3 Mio. Euro investiert.

Neben diesen wesentlichen finanziellen Weichenstellungen hat die CDU/CSU-Bun-

### Trendwende bei Kommunalfinzen

Wir stehen fest an der Seite der Eltern und Kinder. Gerade für kommende Generationen ist es zudem wichtig, dass unsere Kommunen ihre Handlungsfähigkeit bewahren. Die Überwindung der kommunalen Finanzmisere, die unter der rot-grünen Bundesregierung ihren Höhepunkt erreichte, war deshalb erklärtes Ziel dieser Bundesregierung. Das Finanzierungssaldo der Städte, Gemeinden und Landkreise hat

- > BERATUNG & PLANUNG
- > NEUANLAGEN
- > UMGESTALTUNG
- > PFLANZUNGEN
- > PFLLEGEMABNAHMEN

- > NATURSTEINARBEITEN
- > BELAGSARBEITEN
- > HOFBEFESTIGUNGEN
- > WASSERANLAGEN
- > ZÄUNE & SICHTSCHUTZ

Garten- und Landschaftsbau



Eichenweg 15  
72119 Ammerbuch-Poltr.

Tel.: 07073 70 23  
Fax: 07073 43 61

E-mail: info@storz-gartenbau.de  
Web: www.storz-gartenbau.de

destagsfraktion für die Kommunen erreicht, dass sich noch mehr Kreise und Städte selbstständig um Langzeitarbeitslose kümmern können. Der Bund beteiligt sich mit einer festen Quote an den tatsächlichen Unterkunftskosten für ALG-II-Empfänger. Als nächsten Schritt muss es darum gehen, eine gute Regelung für die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe durch den Bund zu finden, denn Behinderungen zu finanzieren ist keine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

**Kommunaler Sachverstand in der Bundesgesetzgebung**

Immer wieder speisen Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte wertvolle und praxisnahe Empfehlungen und Vorschläge in die Bundesgesetzgebung ein. Die Gemeindefinanzkommission griff deshalb die langjährige Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach verbesserter Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren auf. Bundesregierung und Bundestag haben ihre Geschäftsordnungen entsprechend geändert. Künftig können die kommunalen Spitzenverbände bei der Beratung von Gesetzentwürfen, die für sie relevant sind, immer Stellung nehmen und kommunale Interessen verstärkt einbringen

**Starke Gemeinden in starken ländlichen Räumen**

In Baden-Württemberg ist der ländliche Raum eine wirtschaftlich starke Region, aber auch hier drohen Abwanderung und Überalterung. Es gilt, diese Regionen fit zu machen für die Zukunft. Mit dem Positionspapier zur demografischen Entwicklung in Deutschland „Jung und Alt gemeinsam für ein sicheres Leben in Wohlstand - heute und in Zukunft“ greift die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtige kommunale Forderungen auf. Diese werden in die Demografiestrategie der Bundesregierung einfließen, die unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände erstmals systematische Ziele, strategische Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen vorgelegt hat.

Hervorzuheben sind neben der beschlossenen Breitbandstrategie der Bundesregierung, das neue Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, das Ak-

tionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ sowie das Versorgungsstrukturgesetz, das die medizinische Versorgung auf dem Land verbessert. Parallel dazu arbeitet die Koalition daran, in ihren Förderprogrammen stärker die Herausforderungen der ländlichen Räume zu berücksichtigen.

**Engagiert in der Kommune**

Die Unionsfraktion würdigt die Arbeit von Ehrenamtlichen besser. So werden u.a. Tätigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom Februar 2013 stärker steuerlich begünstigt. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sind auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt worden. Zudem gibt es mehr Rechtssicherheit in Fragen der Gemeinnützigkeit.

Für die Kommunen besonders interessant ist der neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst. Dieser umfasst im Gegensatz zum früheren Zivildienst auch die Einsatzbereiche Sport, Integration, Kultur, Bildung und Katastrophenschutz. Der Bund stellt mit 300 Mio. Euro so viel Geld wie nie zuvor für freiwilliges Engagement bereit. Mit neuen Anreizen stärkt die christlich-liberale Koalition die Anerkennungskultur in unserer Gesellschaft. Dass sich im ersten Jahr schon rund 35.000 Männer und Frauen für den neuen Dienst gemeldet haben, spricht für sich.

**Kommunale Bildungslandschaft**

Bedürftige Kinder und Jugendliche haben einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen - bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen. Das neue Bildungspaket der Bundesregierung unterstützt gezielt 2,5 Mio. Kinder und Jugendliche, deren Eltern leistungsberechtigt nach dem SGB II sind.

Die Zuständigkeit für das neue Bildungspaket wurde in die Hände der Kommunen gelegt. Der Deutsche Bundestag hat im Februar 2013 Erleichterungen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets beschlossen. Danach kann künftig bei Schulausflügen und Klassenfahrten vom Sachleistungsprinzip abgewichen und Geldleistungen gewährt werden. Unter bestimmten Voraussetzungen können seitens der Eltern ausgelegte Beträge für Zwecke des Bildungs- und Teilhabepakets erstattet werden. Der für die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben vorgesehene Betrag von 10 Euro monatlich kann auch für die Beschaffung erforderlicher Ausstattung genutzt werden. Da ein Antrag auf den Beginn des aktuellen Bewilligungszeitraums zurückwirkt, können auch Mittel entsprechend angespart werden. Insgesamt verringert die Neuregelung den Verwaltungsaufwand und entlastet damit die Träger des Bildungs- und Teilhabepakets.

Parallel dazu wird die frühkindliche Sprachförderung vom Bund massiv unterstützt. Im Wahlkreis Tübingen-Hechingen werden 18 Kitas in Rangendingen, Dußlingen, Burladingen, Mössingen, Hechingen, Rottenburg und Tübingen durch die Bundes-Bildungs Offensive „Frühe Chancen“ mit je 25.000 Euro pro Jahr gefördert.

All die Maßnahmen unterstreichen: Die Politik dieser Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verdient das Vertrauen der Kommunen. Es liegt im ureigenen Interesse der Städte, Gemeinden und Landkreise, dass dieser neue Politikstil über 2013 hinaus weitergeführt werden. In unserem Interesse muss es liegen, die tiefe Verankerung der Union auf der kommunalen Ebene weiter zu stärken.

<<<

**Sonderreise CDU Intern Baden-Württemberg**

**POLEN**      **7 REISETAGE AB 995,- EURO**

**04. BIS 10. JULI 2013**

**JUWELEN IM HERZEN EUROPAS: KRAKAU & BRESLAU**

Für manche ist Polen das langsam aus seinem Dornröschenschlaf erwachte „neue Europa“: unkonventionell, selbstbewusst, frech - manchmal sogar gegen den Papst! Doch der zweite Blick zeigt die Wurzeln im alten Europa: Prächtig breitet sich das königliche Krakau zu Füßen vom Wawelhügel aus, und warum Breslau gerne mit Venedig verglichen wird, verstehen Sie spätestens, wenn Sie die fünfzigste Brücke überqueren.

**SICHERN SIE SICH EINEN PLATZ FÜR DIESE FANTASTISCHE REISE!**  
**FORDERN SIE AUSFÜHRLICHE UNTERLAGEN AN. TEL. 0711/66905-0**





**Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz (2. Reihe 3 v.r.) beim Gruppenfoto der EU-Gesundheitsminister mit dem irischen Gesundheitsminister Reilly (1. Reihe Mitte).**

Der irische Gesundheitsminister James Reilly und seine europäischen Amtskollegen, darunter Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, befassten sich beim informellen Ministertreffen der EU-Gesundheitsminister in Dublin mit einer Reihe jugendrelevanter

Gesundheitsthemen. Fettleibigkeit, rauchfreie Umwelt und Kinder mit Entwicklungsstörungen standen auf der Tagesordnung. Auch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gesundheitssysteme in der gesamten EU wurden diskutiert. Als wichtiger Fortschritt wurde dabei die positive Reaktion der Europäischen Kommissi-

on auf den vom Ratsvorsitz geforderten Aktionsplan zur Fettleibigkeit im Kindesalter bewertet. Ziel des Aktionsplans ist die Reduzierung von chronischen Krankheiten, deren Grundstock bereits im Kindesalter durch ungesundes Verhalten gelegt wird.

<<<



In der Fastenzeit lädt die Wahlkreisabgeordnete Tübingen-Hechingens, Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, traditionell bayrische Polit-Prominenz zum Politischen Starkbierfest. Im Wahljahr war es sogar Gerda Hasselfeldt MdB,

Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Spitzenkandidatin der CSU für die Bundestagswahl 2013. Über 250 Gäste wollten die Grundsatzrede der Grande Dame der CSU in der Domäne Hechingen verfolgen. Hasselfeldt bezog mit aller Deutlichkeit Stellung: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Politik die richtigen Weichen gestellt. Deutschland gehe es daher besser als vielen seiner Nachbarländer. Gerade deshalb sei es alles andere als egal, wer das Land regiert. Die CDU ist und bleibt die Schutzmacht der kleinen Leute, stellte Hasselfeldt klar, denn sie pflegt den Mittelstand, der für den Wohlstand in Deutschland steht. Auch bei der Frage nach fairen Löhnen und gerechter Rente sei die Union besser aufgestellt, da sie mit ihren Reformschritten nicht an die Substanz von Wirtschaft und Gesellschaft gehe, sondern Arbeitsplätze erhalte und auch an die nächste Generation denke. SPD und Grüne würden hingegen mit wachstumsfeindlichen Steuerorgien auf der einen Seite und unfinanzierbaren Sozialwohltaten auf der anderen den Krisenländern nacheifern.

<<<

Anfang März besuchte die Bundestagsabgeordnete Wendelsheim. Dort wurde sie vom CDU Ortsvorsitzenden Frank Foitzik und der CDU-Stadträtin Dorothea Lichtenau begrüßt. Gemeinsam mit Ortsvorsteher Joachim Maul ging es quer durch Wendelsheim mit Zwischenstopp am Kindergarten, der Turnhalle und Schule sowie beim Familienverein e.V., der mit dem „Oasen“-Zimmer an der Grundschule Wendelsheim seit 2009 eine durchgehende Kernzeit- und Ferienbetreuung anbietet. Nach einem Imbiss im Rathaus hielt Widmann-Mauz MdB im voll besetzten Bürgersaal einen informativen Vortrag zur „Rentengerechtigkeit für Frauen“. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden zahlreiche Unterschriften für die Forderung gesammelt, dass die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder in der Rentenversicherung besser anerkannt werden. Widmann-Mauz MdB freute sich über die Aktion und versprach, die Listen mit nach Berlin zu nehmen.



<<<



Am 15. März übergab Annette Widmann-Mauz MdB gemeinsam mit der Vorsitzenden der Frauen Union Rottenburg, Monika Bormann, die Unterschriftenlisten der Frauen Union Rottenburg und des Katholischen Frauenbunds Wendelsheim für die bessere Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten in der Rente für vor 1992 geborene Kinder an die Bundesvorsitzende der Frauen Uni-

on, StMin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB. „Die Listen sind eine großartige Unterstützung! Jede Unterschrift erhöht den Druck, dass die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder in der Rentenversicherung besser anerkannt werden. Für mich ist dies eine Herzensangelegenheit, denn Frauen erhalten derzeit im Schnitt ein um fast 60 Prozent geringeres Alterssicherungseinkommen als Männer“, erklärt Widmann-Mauz. <<<

Alles andere als ein „Filzpantoffel-Politiker“, mit diesem Zitat von Franz Josef Strauß, würdigte Annette Widmann-Mauz die umfangreichen Verdienste von Werner Nill, CDU-Ortsvorsitzender von Nehren und Gemeinderatsmitglied, und überreichte ihm das Bundesverdienstkreuz. „Das Bundesverdienstkreuz wird verliehen für besondere Leistungen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, geistigem oder ehrenamtlichem Gebiet“, heißt es in den Ordensstatuten. Werner Nill habe sich in allen Bereichen weit über das normale

Maß hinaus engagiert, erklärte die Abgeordnete in ihrer Laudatio in der Nehrener Festhalle und weiter: „Als Handwerker der Demokratie hat sich Werner Nill vielfach um die Verbesserung der Lebensverhältnisse und Lebensqualität seiner Mitmenschen und Gemeinde verdient gemacht. Ich bin überzeugt, dass zwischen seinem fast 40jährigen Wirken im Gemeinderat und der in diesem Zeitraum gestiegenen Einwohnerzahl Nehrens von rd. 2600 auf 4300 ein Zusammenhang besteht.“ <<<



Als Zeichen des Protests gegen Kinder-soldaten und Gewalt an Kindern in Kriegsgebieten übergaben die Mitglieder des Jugendrotkreuz Rottenburg jüngst eine Liste mit 502 roten Handabdrücken an die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB. Die „rote Hand“ ist das Symbol der weltweiten UNO-Kampagne gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Annette Widmann-Mauz MdB versprach, die Listen mit nach Berlin zu nehmen, um sie Bun-



desaußenminister Dr. Guido Westerwelle zu überreichen. Der Minister nahm sich gerne die Zeit, die Botschaft aus den Händen seiner Kollegin persönlich in Empfang zu nehmen. Westerwelle lobte das Engagement der Rottenburger DRK-Jugend und war sich mit Widmann-Mauz darin einig, dass gerade der Einsatz von Kindern für Kinder ein ganz besonderer Ausdruck für menschenrechtliches Engagement sei, den es weiterhin zu unterstützen gelte. <<<

Widmann-Mauz MdB

## Pro Menschenrechte und Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes - Süddeutscher Freundeskreis der Hoheneckerinnen in Berlin



Die Hoheneckerinnen beim Gruppenbild mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder MdB.

Im März besuchte der „Süddeutsche Freundeskreis der Hoheneckerinnen“ auf

Einladung der Wahlkreisabgeordneten Annette Widmann-Mauz MdB den Deutschen

Bundestag in Berlin. Bei dieser Initiative handelt es sich um eine Ehemaligenvereinigung von in der DDR politisch verfolgten und inhaftierten Frauen der Strafvollzugsanstalt Burg Hoheneck in Sachsen. Zahlreiche dieser Frauen sind nach ihrer Entlassung und dem Freikauf durch die Bundesrepublik nach Süddeutschland gezogen. Die Vorsitzende des Freundeskreises, Konstanze Helber, wohnt in Rottenburg. Kennengelernt haben sich beide Frauen über die Vorsitzende der Frauen Union Rottenburg, Monika Bormann, der Schwägerin von Konstanze Helber.

„Bei diesem Besuch ging es nicht in erster Linie um Vergangenheitsbewältigung, sondern vor allem um die aktive Auseinandersetzung mit den konkreten Folgen von Diktatur und der Verletzung von Men-



schenrechten. Die deutsch-deutsche Geschichte und die Aufarbeitung unserer Vergangenheit sind mir ein großes Anliegen, denn auch in meinem Wahlkreis leben zahlreiche Menschen, die bis heute unter dem DDR-Unrechtsregime leiden“, erklärt Widmann-Mauz MdB.

Gemeinsam mit der Tübinger Wahlkreisabgeordneten gestaltete die Gruppe ein Mittagsgespräch bei der „Gruppe der Frauen“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Dabei berichteten u.a. Konstanze Helber und Dr. Ute Steinhäuser von ihrer Inhaftierung Ende der 1970er Jahre nach missglückter Republikflucht. Der „Süddeutsche Freun-



**Von links: Dr. Ute Steinhäuser, Konstanze Helber und Annette Widmann-Mauz MdB beim Gespräch mit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.**

deskreis der Hoheneckerinnen“ traf im Laufe des Tages u.a. Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder MdB sowie die Staatsministerin im Bundeskanzleramt Prof. Dr. Maria Böhmer MdB. Abends kam es darüber hinaus zu einem Treffen mit Abgeordneten aus Sachsen und zu Diskussionen über Renten-, Gesundheits- und Entschädigungsfragen und über die Zukunft der sächsischen Gedenkstätte Hoheneck, die vor Jahren an einen privaten Investor veräußert wurde.

Viele der Frauen aus dem Süddeutschen Freundeskreis der Hoheneckerinnen sind über ein Zeitzeugenprogramm selbst im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung engagiert. Auf Einladung von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert waren sie bereits am Vortag bei einem eintägigen parlamentarischen Seminar im Deutschen Bundestag und haben mit Parlamentariern aller Fraktionen über ihre Anliegen als Opfer der SED-Diktatur diskutiert.

„Mir ist es ein persönliches Bedürfnis, diese Frauen zu unterstützen. Sie sind die Zeitzeugen, die Schülerinnen und Schülern heute noch eindrücklich vermitteln können, warum kein Grund zur „Ostalgie“ besteht, sondern nur zur Relativierung und Verharmlosung von Unrecht beiträgt. Es wird sich deshalb immer wieder lohnen, sich der Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu vergewissern“, so die Abgeordnete. <<<

Dieter Hillebrand MdL

## Hillebrand MdL kritisiert Kostenkalkulation für die Polizeireform

Am 18. Dezember stellte die Landesregierung der Presse die aktuelle Kostenkalkulation für die Polizeireform vor. Doch weder der vom Innenministerium benannte Finanzierungsbedarf noch die angeblichen Einspar-effekte waren nachvollziehbar. Für Dieter Hillebrand MdL der Grund, der Landesregierung durch einen Anfrage zu den



Auswirkungen der Polizeireform im Landkreis Tübingen auf den Zahn zu fühlen und für Transparenz zu sorgen.

Auf die Frage nach der zukünftigen Verwendung der bisher durch die Polizei genutzten Immobilien nennt das Innenministerium die Landespolizeidirektion in der Schellingstr. 9, das als landeseigenes Gebäude zukünftig anderweitig genutzt wird. Die landeseigenen Gebäude in der Konrad-Adenauer-Str. 30 und 32, die bisher als Polizeidirektion bzw. Revier fungierten, sollen künftig das Regionalpräsidium Reutlingen ergänzen. Die Nutzungsaufgabe der entsprechenden Gebäude soll erfolgen, sobald die Arbeitsplätze am zukünftigen Standort Reutlingen zur Verfügung stünden. Die hierfür notwendigen Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden und

Neubaumaßnahmen müssten zunächst in einem weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Als Grundlage wurden für bauliche Investitionen 1 Mio. Euro und für mitvertragliche Rückbauverpflichtungen etwa 200.000 Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

Auch für die Bediensteten der Polizei wird es einschneidende Veränderungen geben. Für sie gilt künftig der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“. Durch die Vorschaltung

eines Interessenbekundungsverfahrens sollen neben dem Verwendungswunsch auch die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Beschäftigten erhoben werden. Konkret betroffen von dem Arbeitsplatzwechsel sei nur ein kleiner Teil der Bediensteten, genaue Angaben könnten nach Angabe des Innenministeriums zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden. Als Planungsgrundlage wurde im November 2012 vom Innenministerium von 150 Beschäftigten im Landkreis Tübingen ausgegangen, die von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen seien.

„Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung in Zukunft detaillierter plant, bevor sie Kalkulationen veröffentlicht, die weder nachvollziehbar, noch transparent sind“, fordert Hillebrand abschließend. <<<

Elisabeth Jeggle MdEP

## Gibt es auch in Europa einen Schwenk nach Asien?

### Europäisches Parlament verfolgt intensiv die Verhandlungen der EU-Abkommen mit Asien

Die WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde zur Öffnung des Welthandels konnten bisher nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Aus diesem Grund bemüht sich die Europäische Union vermehrt darum, bilaterale Verträge über politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern abzuschließen.

Der asiatische Markt ist seit einem Jahrzehnt ein wirtschaftlich äußerst erfolgreicher Raum und wird laut Prognosen auch weiterhin von starkem Wachstum seiner Volkswirtschaften geprägt sein. Mit China

und Indien liegen zwei der boomenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) in der Region. Die Europäische Union und insbesondere Deutschland als ihr größter Exporteur hat ausgesprochenes Interesse daran, die handelspolitischen Beziehungen zu den asiatischen Staaten weiter zu vertiefen.

Die Mitgliedsstaaten der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN sind nach den Vereinigten Staaten und China der drittgrößte Handelspartner der Europäischen Union. Außerdem ist die EU bei weitem der größte Investor in den ASEAN-



Staaten. Es wäre vorteilhaft, die Handelsbeziehungen zu den Ländern im asiatischen Raum weiter auszubauen, da deren Märkte sich mit dem europäischen Markt ergänzen. Während die asiatischen Länder vornehmlich Bekleidung, textile Erzeugnisse, Schuhe und landwirtschaftliche Produkte exportieren wollen, liegen die Interessen Europas und auch Deutschlands auf dem Export von Industriegütern wie elektrische Maschinen und Geräte, Flugzeuge, Fahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse sowie Eisen und Stahl.

Als Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament verfolge ich in meiner Ausschussarbeit den Verhandlungsprozess dieser Abkommen im Detail. Für die EVP-Fraktion bin ich in der asiatischen Region für die EU-Abkommen mit Kasachstan sowie Afghanistan verantwortlich und engagiere mich darüber hinaus vertieft beim Verhandlungsprozess mit der Mongolei und Australien. Politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind hier eng verbunden. Gemeinsame Anstrengungen zur Achtung

der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und demokratischen Prinzipien sind das Fundament, auf dem die Verhandlungen fußen müssen. Trotz der glänzenden Wirtschaftsindikatoren vieler asiatischer Länder darf man nicht außer Acht lassen, dass diese Hochkonjunktur nicht ausschließlich positive Auswirkungen hat. So mangelt es zum Beispiel an hohen und nachhaltigen Sozial- und Produktionsstandards und der Wohlstand ist nicht immer gerecht verteilt. Bei den Verhandlungen der EU mit asiatischen Staaten gibt es nicht selten Schwierigkeiten bei der Einigung auf eben diese Standards und Kriterien. In meiner Funktion als Ausschussmitglied für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist es mir besonders wichtig, dass die hohen europäischen Produktionsstandards durchgesetzt werden, um unsere heimischen Erzeuger und Verbraucher zu schützen. Ebenfalls ist mir die Einhaltung der Sozial- und Arbeitgeberrechtsstandards unheimlich wichtig.

Eine detaillierte Auflistung aller Abkommen der EU mit den asiatischen Ländern finden Sie auf meiner Homepage. <<<

Elisabeth Jeggle MdEP

## Afghanistan: Unser Engagement in der Region ist auch nach 2014 gefordert

Gerade nach dem Rückzug der internationalen Streitkräfte ist es wichtig, dass wir Europäer uns langfristig zur Befriedung und Wirtschaftsentwicklung in Afghanistan und seiner Nachbarregion engagieren. Das Europäische Parlament erarbeitet aktuell einen Bericht zu den Verhandlungen für ein langfristiges EU-Afghanistan Abkommen.

Die Friedensförderung und Verbesserung der Lebensqualität in Afghanistan sind für die Europäische Union sowie ihre Mitgliedstaaten von großer Bedeutung. Dies gilt meiner Einschätzung nach umso mehr für den Zeitraum nach dem vollständigen Abzug der internationalen Truppen (ISAF) im kommenden Jahr. Auch im Europäischen Parlament debattieren wir intensiv, wie eine Stabilisierung der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Lage erreicht werden kann. Entscheidend für mich ist, dass wir nicht vergessen, dass mit dem Verlassen des ausländischen Militärs auch ein fundamentaler Pfeiler der afghanischen Wirtschaft wegbrechen wird. Beinahe 90% des afghanischen BIP hängt direkt oder indirekt mit den Ausgaben der internationalen Truppen bzw. Geberländern zusammen.

Aus diesem Grund befürworten wir es als EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) außerordentlich, dass die EU aktuell über ein Partnerschaftsabkommen mit Afghanistan verhandelt. Dies spiegelt unsere langfristig

angelegte Unterstützung für die sozioökonomische Entwicklung des Landes am Hindukusch wider. Als Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament bin ich von der EVP-Fraktion ernannt worden, diesen Verhandlungsprozess zu begleiten. So wirke ich darauf hin, dass das EU-Afghanistan Abkommen auf einen nachhaltigen Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Handel abzielt. Die universellen Menschenrechte, die Demokratieprinzipien und die Rechtsstaatlichkeit müssen als Grundsätze im Vertrag verankert sein und sollen zur dauerhaften Befriedung beitragen.

Afghanistan hat mit diesen nördlichen Nachbarn über 1.700 gemeinsame Grenzkilometer. Eine enge multilaterale Koordination EU-Zentralasien-Afghanistan erachte ich als ein Schlüsselement für eine stabile Sicherheitslage und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.



Daher führt die EU mit den Staaten der Region zahlreiche Projekte u.a. zur gemeinsamen Grenzverwaltung, Terrorismusbekämpfung und Bekämpfung des Drogenhandels durch. Der Anbau von Mohn für die Opiumproduktion ist einerseits Afghanistans wichtigster Wirtschaftsfaktor (rund 10% des BIP) andererseits aber auch der größte Kritikpunkt von Seiten der internationalen Gemeinschaft. Afghanistan ist mit einem Anteil von 92% der größte Opiumproduzent der Welt. Als Landwirtin kann ich Ihnen versichern, dass ein reines Verbot des Klatschmohnanbaus keine Lösung für die Agrarwirtschaft, in der zwei Drittel der Be-

### HINTERGRUND

Die Verhandlungen des EU-Afghanistan Partnerschaftsabkommens sind fast abgeschlossen und es soll in den nächsten Monaten unterzeichnet werden. Der Ratifizierungsprozess sieht die Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie der Mitgliedsstaaten vor.



völkerung tätig ist, darstellt. Den afghanischen Landwirten müssen wirkliche Anbaualternativen ermöglicht werden. Zugleich müssen in diesem Zusammenhang dem organisierten Verbrechen, dem Drogenhandel und der Korruption Einhalt geboten werden. Meiner Ansicht nach kann man durch

die Ausweitung des Anbaus von Safran, Weizen und Obst Schritt für Schritt eine nachhaltige Verringerung des Opiumanbaus erzielen.

Neben dem politischen Dialog müssen wir auch die wirtschaftlichen Beziehungen intensivieren. Wenn unsere europäischen Un-

ternehmen Zugang zu den reichhaltigen afghanischen Rohstoffvorkommen wie Gold, Kupfer, Lithium und Gas möchten, sind Investitionen in Infrastruktur wie Elektrizitätsnetze und Eisenbahnbau, in enger Abstimmung mit unseren afghanischen Partnern, absolut entscheidend. <<<

## WAS WANN WO ...

- Änderungen vorbehalten!

**Di 14.05., 14.30 Uhr**

SEN Rottenburg, Mitgliederversammlung mit Neuwahlen, Rottenburg, St. Martin

**Mi 15.05., 20.00 Uhr**

CDU-Kreisverband, Seminar Mitgliederwerbung, Frank Niebuhr, Beauftragter für Mitgliederwerbung und Bürger, Gomaringen, Alznauerhof

**Fr 17.05., 19.00 Uhr**

FU Tübingen, Arnold Oppermann, CDU Tübingen und die Stadtverwaltung, Tübingen, Marquardt

**Mi 22.05., 15.00 Uhr**

SEN Tübingen, Dr. Bernhard Lasotta MdL, Vielfalt in der Verantwortung.

Thesen zur modernen Integrationspolitik, Tübingen, Meteora

**Fr 14.06.**

CDU Dettenhausen, Bürgerdialog 1

**Di 18.06.**

SEN Rottenburg, Ausflug

**Sa 20.07.**

CDU Dettenhausen, CDU-Sommer-/Gartenfest

**So 21.07.**

CDU-Stadtverband Rottenburg, CDU-Sommerfest

**Di 23.07.**

CDU Baden-Württemberg und CDU Württemberg-Hohenzollern, Basiskonferenz

**Fr 26.07., 15.00 Uhr**

SEN-Kreisverband, Neuwahlen, Rottenburg

## REDAKTIONS SCHLUSS

für das nächste *CDU intern*:  
**Do., 20. Juni 2013**

## >>> Aus den Verbänden, Vereinigungen und Arbeitskreisen

Arbeitskreis Christ & Politik

### Christliche Werte in der Bildungspolitik - Veranstaltung des AK

Am 8. März 2013 erläuterte Sabine Kurtz (MdL), Leonberg, EAK-Landesvorsitzende Baden-Württemberg und kulturpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Aspekte wertegebundener Bildungspolitik. Das Gemeindehaus Sankt Moriz in Rottenburg war ein passender Rahmen für den Ausgangspunkt der Argumentation: Das Christentum hat die deutsche Kultur wesentlich geprägt. Christliche Werte sind bei der Suche nach Bezugspunkten, die die Gesellschaft zusammenhalten, wichtig. Bildung darf nicht rein funktional, zweckorientiert (z.B. rein ökonomisch) verstanden werden. Vielmehr geht es um einen ganzheitlichen Ansatz, um Herzensbildung, Gewissensbildung, Persönlichkeitsentwicklung. Der Begriff der Kompetenzen ist zu funktional orientiert. Wichtiger wäre, um den Lebenssinn zu wissen.

Säkularisierung und Traditionsabbruch führen Kurtz zufolge zum Verlust eines

wesentlichen Vehikels, Werte, Inhalte, Tugenden zu transportieren. Daher hat sich die CDU immer für den Erhalt und Ausbau religiöser Bildung in der Schule und für theologische Fakultäten an den Universitäten eingesetzt.

Das christliche Menschenbild anerkennt die Vielfalt und Fehlbarkeit des Menschen und verzichtet auf utopische Idealbilder wahren Menschseins, auf das hin die Schüler zu erziehen wären. Vielmehr werden unterschiedliche Begabungen ernstgenommen. Ein gegliedertes Schulsystem holt die Menschen dort ab, wo sie stehen, und ermöglicht eine jeweils spezifische Forderung und Förderung. „So wie ein Traktor für die Landwirtschaft geeignet ist, aber nicht für die Formel 1 und man Tennis gemeinsam mit Tennisspielern einübt, nicht mit Fußballspielern, so erweist sich der differenzierte Bildungsweg als angemessen“, sagte Kurtz und ergänzte: „Dabei



gibt es keinen Abschluss ohne Anschluss“. Individuelle Förderung dürfe aber nicht dazu führen, Leistungsbereitschaft zu verächtigen. Es muss demnach auch objektive Lernziele geben (z.B. ein bestimmtes handwerkliches Können), an denen sich Schul- wie Persönlichkeitsentwicklung orientieren.

*Dr. Christian Herrmann, AK-Vorsitzender*

Senioren Union Kreisverband Tübingen

## Senioren in der Bundeshauptstadt Berlin

Auf Einladung von Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB reiste die Senioren Union Anfang März nach Berlin. Einen positiven Eindruck erweckte bei den durch S 21 sensibilisierten Schwaben schon bei der Ankunft der neue Hauptstadtbahnhof, der sich über mehrere Stockwerke erstreckt und dabei dennoch freundlich, hell und übersichtlich wirkte und trotz seiner riesigen Ausmaße eine gute Orientierung bot.

Der erste Programmpunkt führte uns in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Dort wurde uns anschaulich gezeigt, welche Informationsflut tagtäglich von den

Mit einem kurzen Blick in den internationalen Konferenzraum sowie auf die aus dem Fernsehen bekannte blaue Wand, vor der oft kurze Statements oder Fototermine mit Staatsgästen stattfinden, endete der kurzweilige Besuch. Im Weggehen konnten wir beobachten, wie der rote Teppich ausgerollt und Nationalflaggen gehisst wurden für den unmittelbar bevorstehenden Staatsbesuch des indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono. Interessant war auch, wie am berühmten Hotel ADLON für die indonesische Delegation der rote Teppich ausgerollt, die Polizeieskorte in Stellung gebracht und

Gendarmenmarkt, einem der unbestritten schönsten Plätze mit den drei monumentalen Bauten Deutscher Dom, Französischer Dom und dem Konzerthaus, gab es eine kurze Kaffeepause. Dass Menschen aus über 130 Nationalitäten in Berlin leben, wurde konkret erlebbar bei der Fahrt durch den Stadtteil Kreuzberg mit seinen in schier endloser Reihe stehenden, zum Teil sehr originell dekorierten multikulturellen Geschäften und Lokalen.

Am Abreisetag galt es sehr früh aufzustehen. Nach kritischem Blick in den Spiegel und verschämtem Griff ins Kosmetiktäschchen waren

wir fit und kamera-tauglich für die Live-Übertragung des ZDF-Morgenmagazins aus dem Hauptstadtstudio. Stargast an diesem Morgen war der unter Willi Brandt als Bundesminister für besondere Aufgaben tätige, heute 92-jährige Egon Bahr, vielen noch bekannt durch sein Prinzip „Wandel durch Annäherung“.

Der Besuch im Gesundheitsministerium



etwa 400 Mitarbeitern empfangen, sortiert, bewertet und schließlich komprimiert an die wichtigsten Regierungsstellen weitergeleitet wird. Als Anschauungsmaterial aus dieser Informationsverarbeitung erhielten wir Einblick in die frühmorgens erstellte, sogenannte Kanzlermappe und sahen, wie präzise die Regierungschefin auf dem aktuellen Informationsstand gehalten wird.

Erwartungsvoll betraten wir am Nachmittag das Bundeskanzleramt. Weil die Bundeskanzlerin im Hause anwesend war, gab es vorab kurze Verhaltens-Instruktionen, falls sie uns über den Weg laufen sollte, was dann aber leider nicht der Fall war.

Das gleichermaßen spektakuläre wie umstrittene monumentale Gebäudeensemble wurde von den Berliner Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank in der Amtszeit von Kanzler Helmut Kohl entworfen. Die anspruchsvolle künstlerische Ausstattung im Kanzleramt fiel ins Auge: Kunstwerke und die großflächig benutzten Farben haben eigene, genau festgelegte Symbolwirkungen. Die im Eingangsbereich stehende Skulptur „Die Philosophin“ gilt als Inbegriff des nachdenklichen Menschen. In Glasvitrinen ausliegende Gastgeschenke an die Kanzlerin oder ihre Vorgänger machten deutlich, dass diese wohlüberlegt ausgesucht wurden und immer auch einen persönlichen Bezug zum Gastgeber hatten.

das Abschiedszeremoniell vorbereitet wurden.

Das Informationsgespräch in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand nahm uns mit auf eine Zeitreise in die Jahre um 1944 und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Gedenkstätte befindet sich im Bendlerblock, also am historischen Ort des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 und zeigt, wie sich einzelne Menschen und Gruppen in den Jahren 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben.

Das Abendessen war mit einer am Berliner Dom beginnenden 2-stündigen Spreefahrt verbunden. Der Reeder zeigte sich geschichtsbeflissen und präsentierte humorvoll Ereignisse und Anekdoten aus Historie und Moderne. Direkt von der Gesundheitsministerkonferenz in Dublin kommend stieß Annette Widmann-Mauz an der Anlegestelle zu unserer Gruppe.

Der dritte Tag begann mit dem Besuch des Plenarsaales im Reichstagsgebäude. Eine kurzweilige Einführung vermittelte viele Informationen über die Geschäftsordnung und Arbeitsweise des Parlaments. Danach gab es eine Diskussionsrunde mit unserer Bundestagsabgeordneten PSts. Annette Widmann-Mauz sowie einen Fototermin auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes.

Mit Bus und kundiger Reiseleiterin brachen wir zu einer 3-stündigen Stadtführung auf. Am

ermöglichte noch einmal eine ausgiebige Debatte rund um das breite Aufgabenspektrum dieses Ministeriums. Auch hier entwickelte sich mit unserer interessierten Reisegruppe rasch eine lebhaftige Frageunde.

Von allen gelobt wurde der aus Offenburg stammende Reisebegleiter vor Ort. Herr Harter dirigierte Bus und Gruppe souverän durch die verschiedenen Stationen und versorgte uns mit Hintergrundinformationen zum Besuchsprogramm ebenso wie mit den neuesten Berliner Lokalnachrichten, etwa über die derzeit heftige Debatte über Pläne für und den Widerstand gegen den Abriss der Mauerreste an der East-Side-Gallery, dem längsten noch erhaltenen Mahnmal für Frieden und Versöhnung.

Vier erlebnis- und lehrreiche Tage bei herrlichem Wetter vergingen wie im Flug, lediglich die Wetterprognose mit Kälte und Schnee für Berlin und frühlingshaften Temperaturen für daheim versöhnte uns beim Abschied aus Berlin.

Bruno Baur, Rottenburg



Mittelstandsvereinigung Kreisverband Tübingen

## „Damit Strom bezahlbar bleibt“ - MIT auf Verbrauchermesse

Im vergangenen März war die CDU in Tübingen mit Unterstützung ihrer Vereinigungen auf der Verbrauchermesse „Für die Familie (fdf)“ vertreten.

Mit sich abwechselnden Fotos und Texten auf einer Leinwand warb die MIT dieses Mal für bezahlbaren Strom. „Es wird uns nicht gelingen allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen, schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen“, so ein Zitat von Bundespräsident Joachim Gauck mit Bezug auf die Energiewende, das auf der Leinwand prangte.

Was damit gemeint ist, wurde gleich in Zahlen gefasst: Die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angefallenen Ko-



**Aktivisten von MIT und CDU am Messestand in Tübingen: Jost Brimo, Dr. Karl König, Patrick Weber, Dieter Pantel (v.l.n.r.).**

sten betragen im Jahr 2000 gerade einmal 1 Milliarde EUR, im Jahr 2011 bereits 13 Milliarden EUR. Auch die Bedeutung für die Rechnung dessen, der Strom verbraucht, wurde dargestellt: Im Jahr 2000 eine EEG-Umlage von 0,2 Cent pro kW/h, seit Anfang 2013 der mittlerweile 26-fache Betrag, nämlich eine EEG-Umlage von 5,3 Cent pro kW/h. Bei allem Idealismus und trotz der Notwendigkeit zum Umbau der Stromversorgung war die daraus abgeleitete Forderung der MIT unmissverständlich:

„Stärkere Begrenzung der Subventionierung erneuerbarer Energien !!!“

*Jost Brimo,  
MIT-Kreisvorsitzender*

CDU-Stadtverband und CDU-Gemeinderatsfraktion Rottenburg am Neckar

## Kontrovers zur Bildungspolitik im Ländle

Podiumsdiskussion in Rottenburg zur Realschule und Gemeinschaftsschule



Anlässlich der Aktion der CDU-Landtagsfraktion zum Thema „Pro Realschule“ lud der CDU-Stadtverband gemeinsam mit der CDU-Gemeinderatsfraktion und der Frauen-Union Rottenburg am Neckar zur Podiumsdiskussion „Pro Realschule - Vielfalt statt Einfall“ ins Rottenburger Dom-Gemeindehaus ein.

In Baden-Württemberg gibt es rund 500 Realschulen, davon sind 429 öffentlich. Im Schuljahr 2012/2013 wurden 244.111 Schülerinnen und Schüler in 9.557 Klassen unterrichtet. „Rund 40.000 Schülerinnen und Schüler absolvieren jährlich ihren Abschluss an der Realschule, davon erwerben 30% in einem beruflichen Gymnasium das Abitur“, so Horst Schuh, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, bei seiner Begrüßung der rund 50 Gäste und des Fachpublikums.

Auch der Moderator des Abends, Gemeinderat Ferdinand Truffner, schilderte in seinem Impulsvortrag wie sehr die Lebensnähe in Realschulen durch die Unterrichtsfächer „Technik“ oder „Mensch und Umwelt“ dominiert und wie anschaulich und handlungsorientiert gearbeitet wird. Truffner stellte schließlich die Realschul- der Gemeinschaftsschulentwicklung gegenüber und leitete so die Diskussion auf dem Podium ein.

Als Gäste konnte Ferdinand Truffner unter anderem Ursula Bisinger, Realschulrektorin in Bad Saulgau und stellvertretende Vorsitzende des Realschullehrerverbandes Württemberg-Süd, Eugen

Straubinger, Oberstudiendirektor und Schulleiter des Gewerblichen Schulzentrums Balingen, Silke Sommer-Hohl, Mitinitiatorin des Bürgerentscheids gegen eine Gemeinschaftsschule in Bad Saulgau und Mitinitiatorin des Bündnisses Pro Bildung Baden-Württemberg, sowie Tobias Wald, Landtagsabgeordneter aus Baden-Baden und Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport, begrüßen. Nach eingehenden Statements wurden diese ausgiebig diskutiert und die Vor- und Nachteile einer Gemeinschaftsschule erörtert. Es zeigte sich, dass die Podiumsteilnehmer die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems befürworteten und einem „Zwei-Säulen-Modell“, bestehend aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule, eher abgeneigt waren. Landtagsabgeordneter Tobias Wald warnte schließlich auch davor, Gemeinschaftsschulen nur aus Standorterhaltungsgedanken zu favorisieren, ohne jedoch einen Lehrplan oder erste Erfahrungen gesammelt zu haben. Wald kritisierte auch die grün-rote Landesregierung in ihrem ideologischen „Gemeinschaftsschulen-Hau-Ruck“ und forderte erst eine adäquate Untersuchung des Gemeinschaftsschulen-Modells. Silke Sommer-Hohl mahnte, ebenso Ursula Bisinger und Eugen Straubinger, dass Schülerinnen und Schüler nicht als „Versuchskaninchen“ benutzt werden und forderte die Realschulen besser zu unterstützen und auszustatten. Auch anwesende Lehrkräfte aus der Raumschaft Rottenburg am Neckar sprachen sich für den Erhalt der Realschulen im Land aus. Doch auch kritische Stimmen fanden ihren Eingang in der Podiumsdiskussion. So stellte der eine oder andere Anwesende auch die ehemalige schwarz-gelb geführte Bildungspolitik in Frage.

Alles in allem war die Podiumsdiskussion sehr bereichernd und für die Gemeinderatsmitglieder in Rottenburg, die sich in naher Zukunft mit dem Thema Schulentwicklung in Rottenburg bei einer Klausurtagung auseinandersetzen haben, sehr aufschlussreich.

Zum Schluss der Podiumsdiskussion bedankte sich Martina Müller als CDU-Stadtverbandsvorsitzende für die angeregte und kontroverse Diskussion und verband diesen Dank mit einem Ausblick in die zukünftige Ausrichtung der Bildungspolitik im Ländle: „Die CDU wird Sie auch weiterhin nicht im Regen stehen lassen.“

*Martina Müller, Vorsitzende  
CDU-Stadtverband Rottenburg a.N.*

**Herausgeber:**  
 CDU-Kreisverband Tübingen, Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen,  
 Tel. 0 70 71 / 3 23 14, Fax 0 70 71 / 3 17 13,  
 E-Mail: mail@cdu-tuebingen.org, Internet: www.cdu-kv-tuebingen.de  
 Konto-Nr.: 82200, KSK Tübingen (BLZ 641 500 20)  
 Konto-Nr.: 459 430 009, Voba Herrenberg-Rottenburg (BLZ 603 913 10)

**Verantwortlich:**  
 Kreisteil: Ellen Bernhard, Kreispressesprecherin  
 Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg  
 Hasenbergstr. 49 b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 904 -0, Fax -50  
 E-Mail: presse@cdu-bw.de

**Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:**  
 SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH  
 Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 -0, Fax -99

**E-Mail CDU intern:** intern@SDV-Stuttgart.de  
 Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25)  
 Anzeigen: Helga Wais (-23)  
 Planung Satz: Karin Richter (-12), Fax -55  
 Gestaltung dieses CDU intern: Karin Richter (-12), Fax -55

**Bezugspreis:**  
 Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**CDU intern** ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Tübingen.  
 Es erscheint 2-monatlich für alle Mitglieder.

**Absender:** CDU-Kreisverband Tübingen  
 Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen  
 PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10186



## CDU-Ortsverband Rottenburg am Neckar Jahresempfang mit Heinrich Haasis und Annette Widmann-Mauz

Der Jahresempfang am 6. März in der Zehntscheuer in Rottenburg stand in diesem Jahr ganz unter der Überschrift der Finanzpolitik. Der oberste Sparkassen-Funktionär Heinrich Haasis hielt einen Vortrag zum Thema „Ursachen und Perspektiven der Banken- und Staatsschuldenkrise“. Schon Ortsvorsitzender Armin Schneider sprach in seiner Begrüßung die Finanzpolitik in Bund und Land an. Schneider lobte die Finanzpolitik im Bund und das Vorgehen der Bundesregierung in der internationalen Finanzpolitik. „Angela Merkel hat sich hier ein Standing geschaffen“, so Schneider, „das überall in der Welt anerkannt wird“. Auch unsere Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, sprach in ihrer kurzen Rede über die positiven Entwicklungen der Finanzpolitik im Bund. Sie berichtete aktuell vom Treffen der EU-Gesundheitsminister in Dublin. „Alle mussten im Bereich Gesundheit über massive Kürzungen und Streichungen sprechen“, sagte sie. Die Bundesregierung Deutschland kann dagegen von Überschüssen der Krankenkassen, von der Abschaffung der Praxisgebühr und weiteren positiven Entwicklungen berichten. „Das zeigt“, so Widmann-Mauz, „das wir nicht alles falsch gemacht haben“. Weiter stimmte Widmann-Mauz ihre Parteifreunde an, diese positiven Entwicklungen im Wahlkampfjahr auch hinauszutragen und publik zu machen und im Wahlkampf Geschlossenheit und Einheit zu zeigen.

Heinrich Haasis berichtete dann in seinem Vortrag ausführlich besonders über die Ursachen der Finanzkrise. Auszumachen sind,



laut Haasis, mehrere Ursachen für die weltweite Finanzkrise. Die Immobilienkrise in den USA von 2007, wo es „Liquidität in Hülle und Fülle“ gab war nur der Anfang. Haasis warnte und berichtete, dass die Situation derzeit in Europa ähnlich sei. Haasis holte aber noch weiter aus und erzählte, wie sich der Finanzmarkt nach der deutsch-deutschen Wende veränderte. Besonders,

wie sich die Schnelligkeit tagtäglich verändert, in der, so Haasis „Milliarden weltweit in sekundenschnelle bewegt werden“. Weiter stellte Haasis dar, weshalb Deutschland gut durch die Krise kam. „Es waren der stark eigenfinanzierte Mittelstand und die an ihrem Sparkonzept für die EU festhaltende Kanzlerin“, so Haasis. Laut Haasis war es der „gravierendste Fehler“, Griechenland in die EU aufzunehmen. Doch die damalige rot-grüne Bundesregierung wollte von ihren eigenen Verletzungen des Maastricht-Kriteriums ablenken. Zum Schluss warnte Haasis vor einer neuen Krise, die es „sicher geben wird“. Angst haben brauche man davor aber nicht und wissen wann sie kommt, kann man auch nicht. Haasis, der Bürgermeister von Bisingen, Landrat des Zollernalbkreises und 25 Jahre Landtagsabgeordneter der CDU war, bedankte sich für die Einladung nach Rottenburg und wünschte seiner langjährigen Parteifreundin Annette Widmann-Mauz ein erfolgreiches Wahlkampfjahr.

Der Abend wurde in gemütlicher Runde bei Sekt, Häppchen und guten Gesprächen weitergeführt.

*Federica Maier,  
 Pressereferentin CDU-OV Rottenburg*

## HEINLADUNG

### Seminar zur Mitgliederwerbung am 15. Mai 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, das Bundestagswahljahr 2013 bietet große Chancen, neue Mitglieder zu gewinnen. Denn zu keiner anderen Zeit ist das Interesse der Menschen an Politik und an den inhaltlichen Aussagen der Parteien größer. Gespräche im Familien-, Freundes- oder Kollegenkreis, bei Vereinsitzungen oder am Stammtisch werden sich in hohem Maß um die Erwartungen und Wünsche an die Parteien drehen. Lassen Sie uns bei unserem Seminar darüber reden, wie wir dies für uns nutzen können.

Deshalb möchten wir Sie herzlich einladen

**„Mitgliederpartei CDU –  
 Status und Ausblick“**

mit dem Beauftragten für Mitglieder- und Bürgerbetreuung  
**Frank Niebuhr**

**am Mittwoch, 15. Mai 2013, 20.00 Uhr,**

**Alznauer Hof – Restaurant & Pension,  
 Raiffeisenstraße 2, 72810 Gomaringen, Tel. 07072/92866.**

Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie an diesem Seminar teilnehmen können (Tel. 07071/32314 oder mail@cdu-tuebingen.org). Herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Tappeser  
 CDU-Kreisvorsitzender